

Kulturpolitische Leitlinien für die Stadt Trier: ein gemeinsamer Diskussionsbeitrag

Trier, 5. März 2014

Vorwort

Die Stadt Trier beabsichtigt, für ihre Kulturpolitik der kommenden Jahre Leitlinien zu entwickeln, also festzulegen, was man warum mit kommunaler Kulturpolitik erreichen, insbesondere welche strategischen Ziele man sich setzen will und mit welchen Mitteln unter Beachtung welcher Prinzipien man diese Ziele glaubt erreichen zu können. Dadurch soll das städtische Handeln im Bereich der Kulturpolitik nicht nur transparenter und verlässlicher sondern auch kohärenter und zielgerichteter werden. Erwartet wird auch, dass dadurch für mehr Planungssicherheit nicht nur für die mit der Stadt verbundenen kulturellen Einrichtungen, sondern ganz allgemein für alle Kulturschaffenden und -interessierten in der Region gesorgt wird. Das ist gerade in Zeiten wirtschaftlicher, insbesondere finanzieller Unsicherheiten wertvoll. Da die für die Kultur relevanten Akteure und Einrichtungen sowohl dem allgemeinen gesellschaftlichen Wandel als auch den lokalen und regionalen Veränderungen der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen Rechnung tragen müssen, werden die Leitlinien ihnen helfen, sich mit ihren Strukturen und Zielen den Gegebenheiten erfolgreich anzupassen.

Die mit der Stadt Trier verbundenen kulturellen Einrichtungen waren aufgerufen, sich an der Erarbeitung der Leitlinien und ihrer öffentlichen Diskussion zu beteiligen. Die TuFa mit seinen 23 Mitgliedsvereinen, insbesondere der EKA und der GB Kunst, das Theater, das Bildungs- und Medienzentrums, das Theater Netz Trier und das Exzellenzhaus kommen dieser Aufforderung nach und stellen hiermit einen gemeinsamen Vorschlag zur Diskussion der

- in einem ersten Kapitel kurz die Bedeutung der Kultur für eine Stadt wie Trier skizziert, um zu unterstreichen, dass Kulturpolitik aus vielerlei Gründen einen wichtigen Gestaltungsauftrag auch auf kommunaler Ebene wahrzunehmen hat,
- in einem zweiten Kapitel die speziellen Rahmenbedingungen und Gegebenheiten zusammenstellt, die die kommunale Kulturpolitik in Trier zu berücksichtigen hat,
- in einem dritten Kapitel mögliche Prinzipien kommunaler Kulturpolitik in Trier vorstellt,
- und in einem abschließenden vierten Kapitel mögliche Ziele kommunaler Kulturpolitik in Trier zusammenträgt.

Die Autoren bedanken sich bei den vielen Kollegen und Freunden aus der „Trierer Kulturszene“ nicht nur für ihre Bereitschaft, die Vorschläge zu diskutieren, sondern auch für die vielen Anregungen, die es erst ermöglicht haben, einen so umfassenden Diskussionsbeitrag zu erarbeiten

Dieser Diskussionsbeitrag soll allen Kulturschaffenden und -interessierten ermöglichen, darzustellen, wie sie unter welchen Voraussetzungen durch ihre Arbeit dazu beitragen können, dass die kulturpolitischen Ziele der Stadt Trier unter Einhaltung der kulturpolitischen Prinzipien und Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Mittel erreicht werden können.

An dem Text haben mitgewirkt: die Tuchfabrik Trier mit seinen Mitgliedsvereinen (Aktion 3. Welt Saar, AG Frieden, AStA Universität Trier, éditions trèves, EKA Trier, Gesellschaft für Aktuelle Klangkunst, GB Kunst, sponTAT, Jazz Club Euro-Core, Jazz-Club, KATZ-Theater, Kulturlabor, Kulturwerkstatt, Kunstverein Junge Kunst, Lebenshilfe, Limelight, Matrioschka, Frauenchor Polyhymnia, Portugiesischer Kulturverein, satiricon theater, SCHMIT-Z, S.I.E., Théâtre Tête à Tête und TUFA TANZ), die Intendanz des Theaters Trier mit den Künstlervertretern im Personalrat der Stadt, die Leitung des Bildungs- und Medienzentrums der Stadt Trier, die Geschäftsführung der Europäischen Kunstakademie Trier, der Vorstand der Gesellschaft für Bildende Kunst Trier, das Kulturbüro des Exzellenzhaus und das Theater Netz Trier.

Kapitel 1: Bedeutung kommunaler Kulturpolitik für Trier

Ein reichhaltiges kulturelles Leben ist aus vielen Gründen gerade für eine Stadt wie Trier und ihre Bürger wichtig.

- Es erweitert die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten, fördert Schaffenskraft und Kreativität, unterstützt die schulischen und außerschulischen Bildungsanstrengungen und verbessert damit die Bildungschancen aller.
- Es stärkt das Selbstbewusstsein der Bürger, gibt ihrem Leben mehr Würde, trägt zur ihrer Identitätsstiftung bei und stärkt ihr Geschichtsbewusstsein, fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt von Jung und Alt, von Migranten und Einheimischen, Stadt und Umland über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg und erleichtert das für eine grenznahe Stadt besonders wichtige harmonische und friedliche Zusammenleben mit den Nachbarn.
- Es leistet einen wesentlichen Beitrag nicht nur zur wirtschaftlichen und sozialen, sondern ganz allgemein zur gesellschaftlichen Entwicklung, es versöhnt Tradition und Innovation und ermöglicht Veränderung und Bewahrung,
- Es befruchtet die öffentliche Debatte über gesellschaftliche Probleme und deren Lösungen, schärft das Bewusstsein für gesellschaftliche Chancen und Risiken und fördert Aufgeschlossenheit und kritische Selbstreflexion;
- Es ermöglicht vielfältige Wirklichkeitserfahrungen und erlaubt Vorurteile zu überwinden, sowie Dogmatismen zu vermeiden.

Doch ein reichhaltiges kulturelles Leben entwickelt sich eher nicht spontan. Genau deshalb bedarf es einer unterstützenden und gestaltenden Kulturpolitik. Sie hat für förderliche Rahmenbedingungen zu sorgen, diese zu schaffen, zu gestalten, den sich immer wieder verändernden Gegebenheiten anzupassen und dann auch langfristig sicherzustellen. Aber selbst damit ist gerade die Reichhaltigkeit keinesfalls garantiert. Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie sind ökonomischer, insbesondere finanzieller, aber auch sozialer und politischer, ganz allgemein gesellschaftlicher Natur und hinlänglich bekannt. Doch das kulturpolitische Instrumentarium zur Behebung von Defiziten ist es ebenfalls, man muss es nur im Rahmen der Möglichkeiten anwenden.

Auch sind es nicht nur die Rahmenbedingungen, die die Kulturpolitik zeitgemäß zu gestalten hat. Sie muss das kulturelle Kapital Triers, das allen Bürgern gemeinsame kulturelle Kapital im Blick haben, das materielle genauso wie das immaterielle. Sie hat dafür Sorge zu tragen, dass dieses gemeinschaftliches Kapital nicht nur allen Bürger zur Verfügung steht, sondern im Auftrag aller gepflegt und gemehrt wird. Denn dieses aus materiellen wie immateriellen Kulturgütern bestehende Kapital ist eine einzigartige gesellschaftliche Ressource, bei genauerer Betrachtung sogar die einzig relevante gesellschaftliche Ressource Triers. Das gilt es zuerst einmal zu erkennen und damit auch anzuerkennen. Nur dann ist es überhaupt möglich, das kulturelle Kapital so umfassend wie möglich zu nutzen und weiter zu entwickeln gilt. Doch es geht dabei um mehr als Nutzung, insbesondere wirtschaftliche Nutzung. Denn bei kulturellem Schaffen geht es auch, aber nicht nur um Funktionalität. Ein reichhaltiger, anregender, lebenswerter kultureller Raum entsteht nur dann, wenn das Kulturschaffen als Kunstschaffen auch sich selbst genügt darf und kann, und nicht durch wirtschaftliche oder soziale Funktionalitätsanforderungen überbelastet wird. Die Spuren, die die Vergangenheit Triers hinterlassen haben, belegen dies nur allzu deutlich, sie wären nicht das, was sie sind, wäre es stets um Funktionalität gegangen.

Doch um in Trier kulturpolitisch überhaupt mit Erfolg handeln zu können, gilt es zu allererst, den Stellenwert des kulturellen Lebens in Trier und die Bedeutung des materiellen und immateriellen, insbesondere symbolischen Kapitals von Trier im Bewusstsein der Bürger zu erhöhen. Trier muss als eine Kulturstadt wahrgenommen werden und dies sowohl von seinen Bürgern als auch von seinen Besuchern aus und Partnern in der ganzen Welt. Und dazu ist es

wiederum notwendig, dass die politisch Verantwortlichen (Stadtrat und Stadtvorstand) dies nicht nur betonen, sondern auch durch das, was sie tun vorleben. Sie müssen mutig voran und nicht kleinmütig hinterher gehen, sie müssen von ihrem kulturpolitischen Gestaltungsauftrag überzeugt sein, denn nur dann können sie überzeugen. Mehr noch, nur indem sie selbst mutig voran gehen, können sie auch die gesellschaftlich, insbesondere wirtschaftlich und politisch Verantwortlichen für ihr, für unser aller Anliegen gewinnen.

In Anbetracht der zentralen Bedeutung des kulturellen Kapitals und des darauf sich entfaltenden kulturellen Lebens für Trier ist es deshalb wichtig, von allen Verantwortlichen getragene Leitlinien für die Trierer Kulturpolitik aufzustellen, die die Rahmenbedingungen kulturpolitischen Handelns in Trier aufzeigen sowie die von der Kulturpolitik zu verfolgenden Ziele und die dabei von ihr zu respektierenden Prinzipien und Instrumente festlegen. Und danach sind diese Leitlinien dann auch von allen, Stadtvorstand wie Stadtrat, sowie allen mit der Stadt politisch verbundenen Institutionen offensiv zu vertreten.

Kapitel 2: Gegebenheiten, denen die Trierer Kulturpolitik Rechnung tragen muss

Die kommunale Kulturpolitik muss von einer Vielzahl von Gegebenheiten ausgehen: von der kulturellen Landschaft ganz allgemein, den kulturell Engagierten und ihren Anliegen, den Kultur tragenden Institutionen und Organisationen, der sozialen und wirtschaftlichen, insbesondere finanziellen Situation, ganz allgemein der politischen Situation. Die Trierer Kulturpolitik hat insbesondere folgende für Trier spezifischen Gegebenheiten zu berücksichtigen.

1. Trier, die älteste Stadt Deutschlands und damit verbunden die deutsche Stadt der römischen Antike

- Die mehr als 2000-jährige Geschichte im Allgemeinen und die römische Geschichte im Besonderen sind von kulturpolitischer Bedeutung für Trier. Keine andere Stadt Deutschlands kann auf eine ähnliche Geschichte zurückblicken, deren umfangreiche Spuren als UNESCO Welterbe anerkannt sind.
- Die Spuren dieser Geschichte zu bewahren, sie sich aber auch zu vergegenwärtigen, teilweise sogar auch noch neu zu entdecken, ist ein kulturpolitischer Auftrag, den es von den entsprechenden Trierer Institutionen, aber auch den Trierer Bürgern zu erfüllen gilt. Doch dieser Auftrag obliegt nicht allein der Stadt Trier und seinen Bürgern, sondern ist auch vom Land zu erfüllen und dabei sicherlich auch vom Bund und nicht zuletzt von der Europäischen Union zu unterstützen.

2. Trier, eine von den christlichen Religionen geprägte Stadt

- Die christlichen Kirchen sind in Trier sehr präsent und beeinflussen das Alltagsleben. Der Dom, die Basilika und andere Sakralbauten prägen das Stadtbild genauso wie Wallfahrer immer wieder das Straßenbild. Auch viele dieser christlichen Spuren, materiell (Dom, Liebfrauenkirche) wie immateriell (Kodex Egberti), gehören zum Welterbe. Trier ist ältester Bischofssitz in Deutschland, die Kirchenverwaltung und anderen kirchlichen Einrichtungen im sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereich haben auch heute noch einen starken Einfluss auf das gesellschaftliche Leben. Deshalb gilt es auch sie kulturpolitisch einzubinden und mit in die Verantwortung zu nehmen. Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, dass die alte und reiche jüdische Tradition Triers in Vergessenheit geraten ist und deshalb nur allzu leicht übersehen wird.

3. Trier, eine überregionale Bildungsstadt

- Eine ganze Reihe von Schulen und Akademien wie ERA, EKA oder Richterakademie und andere Einrichtungen der Weiterbildung befinden sich in Trier. Sie werden auch, aber nicht nur von der Stadt und ihrem Umland, sondern überregional, großregional, bundesweit und darüber hinaus genutzt. Sie haben ein kulturelles Potenzial dem man sich

bewusst sein muss, um es nutzen zu können.

- Von zentraler Bedeutung für Trier sind jedoch Hochschule und Universität, denn sie machen Trier zu einer jungen Stadt, ein wichtiger Vorteil gerade in einer stark alternden Gesellschaft.
 - Leider ist Trier für die vielen jungen Menschen jedoch oft nur eine „Durchgangsstation“. Sie sind für wenige Jahre in Trier und haben hier einen Zweit- und letztlich oft nur einen Zeitwohnsitz, sind also nie ganz richtig in Trier präsent, insbesondere wenn sich ihnen in Trier keine langfristigen Perspektiven auftun.
 - Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass Trier zwar eine Bildungsstadt ist, aber als solche nicht wahrgenommen wird, weder von den Bürgern, noch von den Besuchern und noch nicht einmal von den vielen Studierenden selbst.
4. Trier, eine der „europäischsten“ Städte Deutschlands in einem Vierländereck, eine Stadt **in der Mitte Europas**, aber auch **am Rand von Rheinland-Pfalz und Deutschland**
- Trier ist Teil eines länderübergreifenden geopolitischen Raumes mit mehreren Millionen Einwohnern: Quattropole, Großregion, drei Länder in unmittelbarer Nachbarschaft, doch der alltägliche Kulturaustausch über die Grenzen hinweg gestaltet sich aus vielerlei Gründen recht schwierig und hält sich deshalb in Grenzen, so dass nicht von einem großregionalen kulturellen Leben gesprochen werden kann.
 - Die Zentren Bonn-Köln-Düsseldorf nebst Ruhrgebiet und der Rhein-Main Raum mit Mainz, Wiesbaden, Frankfurt und Darmstadt, aber auch das Saarland und der Rhein-Neckar Raum haben ein reichhaltiges kulturelles Leben und machen hochkarätige kulturelle Angebote, die von Trier aus wahrgenommen werden können. In letzter Zeit hat auch Luxemburg an Attraktivität nicht nur für die Hochkultur im Bereich der Musik und des Theaters gewonnen. Auch darauf muss sich die Kulturpolitik einstellen, muss die Herausforderung durch eine Besinnung auf die eigenen Stärken annehmen.
5. Trier, eine Stadt des Tourismus, des Handels und der Weinwirtschaft, aber auch ganz allgemein **ein besonders kleines Oberzentrum** mit einem **besonders großen Einzugsgebiet**
- Jede Stadt hat ihre wirtschaftlichen Schwerpunkte. In Trier sind dies neben dem bereits angesprochenen Bildungssektor der Tourismus, die Weinwirtschaft und der Handel, sicherlich auch noch die Gesundheitsdienste und die Verwaltung (Gerichte, ADD, Kreisverwaltung, Kammern, diverse Landes- und Bundesbehörden, nicht zuletzt kirchliche Dienste, ...).
 - Der Tourismus und die Weinwirtschaft beeinflussen die Kultur der Stadt im weitesten Sinne. Umgekehrt wirkt sich die Kultur der Stadt auf die wirtschaftlichen Aktivitäten aus. Zudem kommen viele Besucher aus dem weiteren Einzugsgebiet aus den unterschiedlichen Gründen nach Trier: Krankenhäuser, Behörden, Einzelhandel, Kultureinrichtungen.
 - Aufgrund des Größenverhältnisses (kleines Oberzentrum, großes Einzugsgebiet) bedarf es besonderer Anstrengungen nicht nur finanzieller, sondern auch organisatorischer Art, um unter diesen Bedingungen ein reichhaltiges kulturelles Leben zu gestalten, nicht zuletzt auch deshalb, weil die kreativwirtschaftliche Basis in Trier trotz des recht großen Potenzials recht schmal ist.
6. Trier, eine Stadt mit **äußerst knappen Haushaltsmitteln**
- Die Haushaltslage der Stadt Trier ist seit Jahren angespannt und wird es bleiben. Selbst wenn es bei den Ausgaben für pflichtige Selbstverwaltungsaufgaben noch Einsparungsmöglichkeiten gibt, wird das Gros der für eine erfolgreiche Entschuldung notwendigen Kürzungen bei den Ausgaben für freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben vorgenommen

werden. Dazu gehören, zumindest solange die Pflege der Kultur nicht wie aktuell diskutiert und gefordert zu einer Pflichtaufgabe wird, Ausgaben für kommunale Kulturpolitik.

- Doch ist kommunale Kulturpolitik weit mehr als nur kommunale Kulturhaushaltsausgabenpolitik. Kulturpolitik kann auch durch andere Haushalte zumindest mitgestaltet werden, mehr noch, sie kann so auch mit geringen Haushaltsmitteln einen großen Einfluss ausüben.
- Trotzdem ist die Bedeutung des Kulturhaushalts in Trier relativ groß, weil das Spendenaufkommen nicht sonderlich groß und die Sponsorentätigkeit im kulturellen Bereich relativ gering sind. Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn man die Mittelvergabe von kommunalpolitiknahen Stiftungen, etwa den Sparkassenstiftungen und der Kulturstiftung Trier, aber auch von kommunalen Unternehmen als Teil der kommunalen Förderung ansieht. Deshalb ist es von zentraler Bedeutung, dass der Anteil der unmittelbaren Ausgaben für Kultur am Gesamthaushalt nicht unter die gegenwärtigen 2% sinkt.
- Folglich ist Trier auch in besonderem Maße abhängig von kulturpolitischen Initiativen etwa des Landes, man denke an den rheinlandpfälzischen Kultursommer. Damit verbunden ist die Gefahr, dass den spezifischen Trierer kulturpolitischen Interessen, aber auch den Möglichkeiten nur bedingt Rechnung getragen werden kann. Diese Gefahr gilt es im Blick zu haben.

7. Trier, eine Stadt mit **einem erheblichen Investitionsstau** im Bereich der kulturellen Infrastruktur

- Einige kulturelle Einrichtungen werden von vielen als marode empfunden, nicht zuletzt im Vergleich zu Einrichtungen benachbarten Regionen. Es herrscht Platzmangel, die Tufa und das Exzellenzhaus sind abgenutzt, es gibt keine geeigneten Einrichtungen zur Förderung der Entfaltung kreativwirtschaftlicher Aktivitäten. Es mangelt an einer Infrastruktur für ortsansässige Künstler: Atelierhäuser, Lager, Proberäume, uäm. Das Theater muss nicht nur renoviert, sondern von Grund auf saniert werden, zudem gibt es auch keine richtige Probebühne. Überhaupt fehlt in Trier ein Saal mit Bühne mit einer Zuschauerkapazität von rund 400 Personen. Und es fehlt eine attraktive, in die Stadt ausstrahlende städtische Galerie, die schwerpunktmäßig zeitgenössische Kunst zeigt.
- Da einzig die Museen in letzter Zeit umfänglich renoviert worden sind, schränkt der Investitionsstau vor allem die kulturellen Entfaltungsmöglichkeiten der Trierer Bürger ein, obwohl nicht nur Touristen, sondern auch die Trierer Bürger in ihre Museen gehen. Doch wenn dann dort auch noch das Ausstellungs- und Ankaufsbudget gekürzt werden, dann sinkt sogar die Attraktivität der renovierten Institutionen insbesondere für die Bürger Triers, denn niemand wird die Dauerausstellungen der Museen regelmäßig besuchen.

8. Trier, eine Stadt mit **vielfältigem zivilgesellschaftlichem Engagement**

- Trier verfügt über eine Vielzahl von durch das Ehrenamt getragenen und durch Stiftungen unterstützten Initiativen. Sie sind stadtnah institutionalisiert (Tufa, EKA, GB Kunst, Exhaus, ...), im Umfeld von Universität und Hochschule im Rahmen der Asta Kulturreferate oft auch in Kooperation mit dem Theater (Theater Netz Trier, ...) angesiedelt oder haben sich als Freie Szene selbständig organisiert. Oft gehen Bildungsarbeit und Kunstschaffen dabei eine segensreiche Verbindung ein, die es ermöglicht dass mit geringen Mitteln beachtliche Produktionen entstehen. Leider wird diesen Initiativen oft nicht die angemessene Beachtung geschenkt, weder von der Politik, noch von den Medien, so dass das wirtschaftliche Potenzial nicht voll ausgeschöpft werden kann.

Kapitel 3: Mögliche Prinzipien kommunalen kulturpolitischen Handelns

Zu kulturpolitischen Leitlinien gehören auch die Prinzipien, nach denen kulturpolitisch gehandelt

werden soll. Folgende Prinzipien drängen sich nicht zuletzt aufgrund der Gegebenheiten auf:

1. Die **Aufgabenstellung** bestehender Institutionen überprüfen, hinterfragen, klarstellen und ggf. erweitern oder einengen, vielleicht sogar umorientieren
 - Wichtig ist, dass die bestehenden Institutionen ihre jeweilige Aufgabenstellung klar definieren und dabei ihr Profil schärfen, um zum einen Verantwortlichkeiten klarstellen und zum anderen den Raum für Kooperationen besser abstecken zu können. Eine Schärfung des Profils ist auch notwendig aufgrund der Tatsache, dass im erweiterten Umfeld von Trier (Großregion, Rhein-Ruhr und Rhein-Main und Rhein-Neckar Gebiet) das kulturelle Angebote reichhaltig ist.
 - Natürlich kann dabei auch ein **externer Blick** auf bestehende Institutionen hilfreich sein. Allerdings ist ein externer Blick oft recht teuer und nimmt am Ende, zumindest wenn er nicht rein ideologisch motiviert sein will, doch nur Dinge in den Blick, auf die diejenigen hingewiesen haben, die sich in der jeweiligen Institution auskennen.
 - Es wird nur allzu leicht unterstellt, dass bestehende Institutionen einfach nur das weiter machen wollen, was sie bisher gemacht haben. Die Fähigkeit zur **Selbstkritik** ist aber inzwischen viel zu weit verbreitet, als dass man leichtfertig darauf verzichten sollte. Mehr noch, alle Institutionen sind mehr oder weniger überregional vernetzt, man kennt sich, da man sich trifft und austauscht, denn man hat ähnliche Sorgen, muss ähnliche Herausforderungen bewältigen. Selbstkritik, auch öffentlich, zumindest halböffentlich ausgetragene Selbstkritik, sollte deshalb organisiert und möglicherweise auch institutionalisiert werden.
2. **Bestehende Institutionen** nutzen, um **Neues** anzudocken.
 - Das Anpassungspotential bestehender Institutionen wird oft unterschätzt. Dabei kann sich die Angliederung neuer Aufgaben an bestehende Institutionen sogar belebend auf das Kerngeschäft der Institutionen auswirken. Deshalb sollte der erste Blick stets auf bestehende Institutionen gerichtet werden. Dabei kann eine Überprüfung von Organisationsstrukturen und Rechtsformen hilfreich sein.
 - Gerade im Bereich des Kulturschaffens wird eine Vielzahl von neuen staatlichen, kommunalen, zivilgesellschaftlichen, frei organisierten oder privaten **Initiativen** und **Projekten** entfaltet. Diese gilt es institutionell zu verankern. Dazu bietet es sich an, nicht neue Institutionen zu schaffen, die sich dann erst etablieren und eine Reputation erwerben müssen, sondern nach geeigneten Institutionen zu suchen, an die Initiativen und Projekte angegliedert werden können.
 - Auch sollte nach geeigneten Institutionen gesucht werden, um Plattformen zur Vernetzung von und mit zivilgesellschaftlichen und privaten Initiativen zu schaffen, aber auch um Servicezentren für kreativwirtschaftliche Initiativen einzurichten. Ziel solcher Plattformen und Zentren ist es, dafür zu sorgen, dass nicht stets das (organisatorische, administrative, mediale, ...) Rad neu erfunden werden muss.
3. Die **Kooperation zwischen kulturpolitisch relevanten Institutionen** verstärken, ggf. nicht nur begünstigen, sondern auch einfordern, nicht zuletzt um Kosten zu senken und/oder Erträge zu erhöhen
 - Kooperation und Koordination zwischen den Institutionen der Stadt, der VGs, des Kreises, des Landes, des Bundes, der EU, aber auch anderer kulturpolitisch relevanter Körperschaften, zu denken wäre an die verschiedenen Stiftungen, aber auch die vielen zivilgesellschaftlichen Akteure, insbesondere auch der Freien Szene sind wünschenswert, aber nicht kostenlos zu haben.
 - Wenn es städtische Politik sein soll, die Kulturkooperation und -koordination mit dem Umland zu verstärken, dann müssen dafür auch die Voraussetzungen geschaffen werden. Absichtserklärungen von Stadt und Umlandkreisen, bzw. VGs wären sicherlich politische

Grundvoraussetzungen, aber die materiellen (personellen, finanziellen, organisatorischen, rechtlichen, ...) Voraussetzungen für die Ausfüllung des Kooperations- und Koordinationswunsches müssen auch geschaffen werden.

- Wenn es städtische Politik sein soll, die Kulturkooperation und -koordination in der Großregion mit ihren unterschiedlichen und für Außenstehende schwer abzugrenzenden Institutionen zu verstärken, dann bedarf es sogar mehr, als nur die politischen Grundvoraussetzungen zu schaffen. Hier muss politischer Wille gezeigt werden und das Kooperations- und Koordinationsanliegen aktiv betrieben werden. Bei der Überwindung von Grenzen sind viele Hürden zu überwinden; dabei muss den Akteuren nicht nur geholfen, sie müssen auch ermuntert, oft sogar an die Hand genommen werden.
 - Wenn es städtische Politik sein soll, die Kulturkooperation und -koordination mit und zwischen kommunalen, privaten und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verbessern, so müssen auch dafür die Voraussetzungen geschaffen werden. Für zivilgesellschaftliche Akteure, die gefördert werden, kann die Förderung an Kooperations- und Koordinationsauflagen gebunden werden; für private Akteure, die nicht gefördert werden, müssen Kooperation und Koordination schlicht und einfach attraktiv sein. Folglich bedarf es auch hier eines kommunalen Engagements, etwa indem zumindest ein Teil der administrativen Kosten von Koordination und Kooperation übernommen wird.
4. Für eine **adäquate Form der Finanzierung** von all jenen kulturellen Aktivitäten sorgen, die man kulturpolitisch für wichtig hält

- Eine erfolgreiche kommunale Kulturpolitik muss die adäquate Finanzierung von kulturellen Aktivitäten im Blick haben und das nicht nur wegen der schwierigen Haushaltslage. Es ist vielmehr ein Gebot der Wirtschaftlichkeit:
 - eine dauerhafte **Basisfinanzierung** nur dort sicherzustellen, wo Grundlagen geschaffen und diese unabhängig von der Haushaltslage unterhalten werden müssen,
 - eine **Komplementärfinanzierung** bereitzustellen, wo nur ergänzt werden muss, etwa um Drittmittel einloben zu können (Nachweis eines Eigenanteils),
 - eine **Anschubfinanzierung** dort zu leisten, wo nur angeschoben werden muss, damit sich die Aktivitäten, einmal entfaltet, weiter entwickeln können, und
 - nur sich um eine **Finanzierungsvermittlung** zu bemühen, wo es reicht, Akteuren und mögliche Finanziers zusammenzubringen.

Auch muss in diesem Zusammenhang über die Fristigkeit von Finanzierung nachgedacht werden. Für größere Projekte ist aufgrund der Vorlaufzeiten eine mehrjährige Finanzierungszusage auch notwendig, um Kooperationspartner gewinnen zu können.

- Dazu gehört auch, für einen **adäquaten Zugang** zu den verschiedenen Landes-, Bundes- und EU-**Mittel** zu sorgen. Denn die Förderlandschaft ist ausgesprochen unübersichtlich. Vielen Kulturschaffenden (insbesondere Einzelpersonen und Gruppen aus der Freien Szene, aber auch Vereine und Kleinunternehmer, und manchmal selbst halbstaatliche und private Institutionen) sollten deshalb Hilfestellungen bei der Bewältigung der umfangreichen administrativen Prozeduren zur Einlobung und Abrechnung von Fördermitteln gegeben werden.
- Auf der anderen Seite muss aber auch der Förderstruktur mehr Beachtung geschenkt werden. Die derzeit auf allen Ebenen vorherrschende Tendenz weg von der Institutions- hin zur Projektförderung ist höchst problematisch, denn das Kunstschaffen verlangt auch Stabilität und Kontinuität. Institutionen sorgen genau dafür und absorbieren darüber hinaus eine ganze Reihe von Risiken für alle Beteiligten. Hier muss auf kommunaler Ebene entgegengesteuert werden, indem gezielt Institutionen gefördert werden, die sich

erfolgreich um Projektförderungsmittel bewerben können.

- Schließlich ist die kommunale Kulturpolitik aufgerufen, nicht nur staatliche und staatsnahe, städtische und stadtnahe Mittel in den Blick zu nehmen. Sie kann auch bei der Mobilisierung von privaten Mitteln für kulturelle Aktivitäten wichtige Hilfestellung leisten und sollte dies auch tun. Doch verlangt dies, nicht nur allgemein kommunalpolitischen, sondern auch spezifisch privatwirtschaftlichen Interessen Rechnung zu tragen und einen Ausgleich der nicht notwendigerweise deckungsgleichen aber auch nicht gegensätzlichen Interessen zu befördern. Insbesondere muss das privatwirtschaftliche Engagement sichtbar werden.
- Zunehmende Bedeutung kommt der Mobilisierung von Stiftungsmitteln zu. Auch hier muss die kommunale Kulturpolitik zielgerichtet handeln. So verfügt sie teilweise über Sitz und Stimme in den entsprechenden Stiftungsgremien und sollte dies nutzen. Und da, wo sie nicht unmittelbar beteiligt ist, muss sie aktiv für die Unterstützung bei der Bewältigung kulturpolitischer Herausforderungen werben. Insbesondere gilt es, auch die Kräfte nicht nur zu bündeln, sondern auch in eine langfristige politische Strategie einzubinden, denn nur so können größere Herausforderungen überhaupt bewältigt werden.

5. Nach **adäquaten Organisations- und Rechtsformen** von Kulturinstitutionen suchen

- Nur allzu oft wird umorganisiert, ausgelagert, halbprivatisiert, dezentralisiert, Dienstleistungen übertragen und in neue Rechtsformen überführt, wenn es irgendwo hakt, doch nicht selten mit recht gemischten Ergebnissen. Unübersichtlichkeit ist die Folge. Verantwortlichkeiten werden durch die Änderung verwischt. Chancen werden dabei oft privatisiert und Risiken verstaatlicht. Auch handelt man sich dabei jede Menge Übergangsprobleme ein. Und am Ende steigen auch noch die Kosten der Koordination und die Kooperation wird schwieriger. Zudem besteht die Gefahr, dass dadurch die kulturpolitische Zielsetzung aus dem Blick verloren und der politische Wille außer Kraft gesetzt und durch das wie auch immer eingeschränkte und kontrollierte Wollen der mit der Leitung der Kulturinstitution beauftragten Geschäftsführer oder Leitungsgremien ersetzt wird.
- Auch die Richtung, in die mit der Änderung von Organisations- und Rechtsformen, üblicherweise in Form einer Herauslösung aus mittelbarer und unmittelbarer kommunaler Verantwortung, gegangen wird, ist klar. Kommunale Institutionen sind in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt, aber dafür mehr oder weniger vom Konkurs befreit. Mit einer Änderung geht deshalb oft eine Konkursdrohung, zumindest eine Liquidationsdrohung einher, mit der zuerst ein verstärkter Lohndruck entsteht. Und dies in einem Bereich, in dem in der Regel die Entlohnung sowieso relativ gering und die Unsicherheit vergleichsweise groß ist.
- Oft sind damit auch Mitspracherechte von neuen Partnern verbunden, die andere, etwa allgemein landespolitische, aber auch spezifisch zivilgesellschaftliche und schlicht wirtschaftliche oder manchmal sogar persönliche Interessen haben. Dagegen ist per se nichts einzuwenden, es ist nicht nur recht und billig, sondern auch sinnvoll. Nur muss dann nicht nur mitgesprochen werden, die Öffentlichkeit muss dann auch mithören können, sprich, die Möglichkeiten des Einwirkens müssen nicht nur festgelegt, sondern auch öffentlich nachvollziehbar sein. Das gilt im besonderen Maße für inhaltliche Einflussnahmen denn wenn den nicht-kommunalen Beteiligten das Recht zugestanden werden muss, inhaltlich Einfluss zu nehmen, dann muss dies auch der Kommune möglich sein, sei es durch die Festlegung eines inhaltlich orientierten Regelwerks, sei es durch Repräsentanten in den entsprechenden Leitungsgremien. Und dies natürlich ohne die Autonomie der Künste, die ja gesellschaftlich gewollt und politisch akzeptiert ist, zu gefährden.
- So viel zu den Gefahren, die es zu bedenken gilt, wenn über die Änderung von Organisations- und Rechtsformen von Institutionen, aber auch über Vereinbarungen zwischen der Stadt und zivilgesellschaftlichen Institutionen oder privatwirtschaftlichen

Unternehmen nachgedacht wird. Ziel solcher Änderungen sollte es sein, die Transparenz der Institution zu erhöhen, die internen und externen Verantwortlichkeiten klarzustellen, die Eigenverantwortlichkeit zu stärken, den Gestaltungsspielraum zu vergrößern, die Finanzierung zu erleichtern, die kommunalen Einwirkungsrechte in Abhängigkeit vom Umfang kommunaler Unterstützung zu gestalten und administrative Lasten für alle Beteiligten zu reduzieren.

- Bei einer Änderung der Organisations- und Rechtsform sollte die Kooperationsfähigkeit der Institution erleichtert werden, sei es für das Sponsoring durch Wirtschaftsunternehmen oder, wenn es sich um kreativwirtschaftlich tätige Institutionen handelt, für die Entfaltung gemeinsamer Aktivitäten. Doch muss dabei die Wahrung öffentlicher, durch die entsprechend legitimierten Akteure zum Ausdruck gebrachten und damit legitim zu verfolgenden kulturpolitischen Interessen in geeigneter Form sichergestellt werden.
- Bei der Änderung von Organisations- und Rechtsformen ist also viel in den Blick zu nehmen. Dies gilt insbesondere für Kulturinstitutionen, bei denen es neben den unmittelbaren Akteuren noch eine ganze Reihe mittelbar Betroffener und Interessierter gibt, die es geeignet einzubinden gilt. Folglich gibt es keine Form, die für alles passt und folglich muss jede Änderung klar begründet und der Nachweis erbracht werden, dass den oben genannten Gefahren Beachtung geschenkt wurde.

6. Vergabe von Fördermitteln an geeignet verfasste **Zielvereinbarungen** binden

- Zielvereinbarungen gehören zu den privatwirtschaftlich inspirierten Managementtechniken, die vermehrt auch in öffentlichen Verwaltungen angewandt werden. Deshalb wird zurecht überlegt, ob mit städtischen oder stadtnahen Institutionen in geeigneter Form Zielvereinbarungen getroffen werden sollten.
- Zuerst ist festzuhalten, dass schon jetzt allen Förderungen von Projekten dieser Institutionen quasi automatisch recht umfassende Zielvereinbarungen zugrunde liegen. Das jeweils geförderte Projekt muss ganz einfach so wie im genehmigten Antrag beschrieben abgewickelt werden: es muss durchgeführt, das inhaltliche Konzept umgesetzt, der Finanzplan eingehalten und die Verwendung der Mittel entsprechend nachgewiesen werden. Das hat für alle zu gelten, die eine Projektförderung erhalten, für städtische Institutionen genauso wie für zivilgesellschaftliche Einrichtungen oder privatwirtschaftliche Unternehmen.
- Etwas anders sieht es bei der Förderung, insbesondere bei der Grundfinanzierung von Institutionen aus. Denn hier ist nicht ganz so klar, was genau von den Institutionen erreicht werden soll und was sie dabei im Blick haben sollen. Die Ziele sind vielfältig: künstlerischer, wirtschaftlicher, sozialer, organisatorischer, allgemein gesellschaftlicher Art und vielfältig auch die Aktivitäten. Doch solange die Institutionen die verschiedenen von ihnen erwarteten Aktivitäten bei nachweislich wirtschaftlichem Umgang mit den ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln entfalten und allgemeine Zufriedenheit herrscht, rechtfertigt sich grundsätzlich ihre Förderung, bzw. Grundfinanzierung.
- Überlegt werden muss natürlich auch, ob es nicht möglich ist, speziell wirtschaftliche Ziele in den Blick zu nehmen, um die Kosten zu senken und/oder die Erträge zu steigern (und so den Förderungs- oder Finanzierungsbedarf zu senken), ohne dabei die künstlerische Autonomie einzuschränken. Üblicherweise wird an Besucherzahlen, Auslastungsgrade oder Mindestdeckungsbeiträge, kurz, an wirtschaftliche Kennzahlen gedacht. Doch damit wird leicht zu kurz gegriffen, denn eine Grundfinanzierung legitimiert sich auch aus den externen Effekten, aus all den Aktivitäten, die allein aufgrund der Existenz der Institution entfaltet werden können und die durch solche aktivitätsbezogenen wirtschaftlichen Kennzahlen nicht abgebildet werden. Auch ist unklar, was passiert, wenn ein vereinbartes wirtschaftliches Ziel aus guten, insbesondere von der Institution nicht zu vertretenden Gründen, nicht erreicht werden können.

Sanktionsmechanismen, um eine Institution, die ihrer Ziele verfehlt hat, in die richtige Richtung zu steuern sind schwer vorstellbar. Es bleibt letztlich nur die Drohung mit der Einstellung der Förderung oder der Liquidation der Institution und das ist alles andere als eine kulturpolitisch gestaltende Drohung. Schließlich muss nochmals daran erinnert werden, dass Projekte auch auf Institutionen angewiesen sind. Es muss also beides finanziert werden: Projekte mit klaren Zielen und Institutionen mit umfassenden, also nicht nur wirtschaftlichen und zudem nie vollständig festzulegenden Zielen.

- Deshalb wäre es sinnvoller, vor allem qualitative Ziele in einem dafür einzurichtenden Kulturgesprächskreis zu erarbeiten. Im Rahmen eines regelmäßigen Gedankenaustauschs könnten die jeweiligen Einrichtungen auch ihre Programmplanungen skizzieren, ihre Projekte vorstellen, Kooperationen vereinbaren, weitere Akteure einbinden und in einem zweiten Schritt dann berichten, was umgesetzt wurde und was nicht, bei letzterem dann natürlich auch unter Angabe von Gründen.

7. Bei der Vergabe von Fördermitteln auch mögliche davon betroffene **privatwirtschaftliche Interessen** im Blick haben

- Eine kommunale Förderung von kulturellen Aktivitäten, eigentlich jegliche staatlich Förderung legitimiert sich, wie bereits angesprochen, aus der Existenz von externen Effekten. Denn diese verhindern, dass die Aktivitäten in dem gesellschaftlich wünschenswerten Umfang entfaltet werden, diese Ansicht wird zumindest von den Wirtschaftswissenschaften vertreten. Bei der Förderung von kulturellen Aktivitäten geht es dabei eher um die Unterstützung von Aktivitäten mit positiven als um die Beschränkung von Aktivitäten mit negativen externen Effekten, obwohl (siehe intensive Kulturarbeit in Stadtteilen mit vergleichsweise schwierigen Lebensbedingungen) es auch dafür Beispiele gibt. Diese Effekte gilt es vor allem dann nachzuweisen, wenn es hinreichend vergleichbare insbesondere privatwirtschaftliche oder zivilgesellschaftliche Aktivitäten gibt, die nicht subventioniert werden. Es muss also darauf geachtet werden, dass faire Wettbewerbsbedingungen für alle Akteure herrschen, die inhaltlich und qualitativ vergleichbare kulturelle Angebote machen.
- Insbesondere ist bei der kommunalen Förderung von eher unterhaltenden Aktivitäten eine gewisse Zurückhaltung geboten, nicht so sehr wegen eher gering einzuschätzender positiver Externalitäten, sondern vor allem wegen eines umfangreichen privatwirtschaftlich organisierten Unterhaltungsangebots.
- Unterhaltende Aktivitäten können also durchaus gefördert werden, wenn sie in Form und Inhalt nicht in dem gesellschaftlich wünschenswerter Maß entfaltet werden. Denn sie haben zweifellos einen wichtigen gesellschaftlichen Stellenwert und sind integraler Bestandteil kulturellen Schaffens. Aber ihre Förderung legitimiert sich kulturpolitisch am Ende nicht durch den Spaß den sie bereiten, sondern durch ihre Ausstrahlung auf das gesellschaftliche Leben.
- Schließlich kann auch eine Bespaßung öffentlich gefördert werden, denn das lässt sich in vielen Fällen durchaus allgemein wirtschaftspolitisch, etwa mit Tourismusförderung, kulturpolitisch aber doch nur sehr schwer begründen.

8. Das **Ehrenamt** im kulturellen Bereich möglichst attraktiv machen

- Gerade für die Vielfalt des kulturelles Leben ist ehrenamtliche Engagement, wie es in der Freien Szene (Theater Netz Trier, ...) oder in Institutionen (Tufa, Exhaus, ...) zum Tragen kommt von zentraler Bedeutung. Hier entstehen Produktionen, die anders gar nicht entstehen können. Deshalb muss das kulturpolitische Handeln (letztlich auf allen Ebenen, also nicht nur kommunal) darauf ausgerichtet sein, das Ehrenamt nicht über Gebühr zu strapazieren. In den letzten Jahren sind jedoch die mit dem Ehrenamt verbundenen zeitlichen Belastungen und finanziellen Risiken unaufhörlich gestiegen, etwa aufgrund zunehmender verwaltungstechnischer Komplexität und Intransparenz bei gleichzeitig

gestiegener Kontrollintensität. Dem ist entgegenzuwirken mit möglichst einfachen Verfahren und möglichst langfristigem Engagement.

- Von Seiten der Stadt muss nicht mehr Raum für ehrenamtliches Engagement gegeben werden. Die Stadt erstickt keine Initiativen, besetzt keine Räume, vertreibt niemanden durch ihre Initiativen, doch sie sollte durch eine gezielte Ansprache und stabile Beziehungen den ehrenamtlich Tätigen erleichtern, sich in städtische Vorhaben einzubringen. Denn dies ist für beide, Stadt und Zivilgesellschaft, vorteilhaft.

9. Die städtische Projektförderung verstärkt **thematischer und langfristiger** ausrichten

- Eine thematischere Ausrichtung der städtischen Kulturförderpolitik sollte zumindest angedacht werden, insbesondere in Anbindung an Großprojekte (etwa der Museen oder des Theaters). Auch wird der rheinland-pfälzische Kultursommer stets unter ein Thema gestellt. Dies ist insbesondere sinnvoll, wenn diese thematische Ausrichtung mit mehr Kontinuität verbunden ist. Ein in Teilen repetitiver städtischer Kulturkalender wäre sicherlich ein geeignetes Instrument, um beide Anliegen mit einander zu verbinden.
- Eine verstärkte thematische Orientierung bei der Vergabe von Projektfördermittel könnte auch dadurch sichergestellt werden, wenn diese über Einrichtungen wie das Theater, die EKA, die Tufa, das Museum oder das Bildungs- und Medienzentrum erfolgte. Dadurch könnte die Förderung an konkrete Beiträge zu Initiativen dieser Einrichtungen durch die Kulturschaffenden geknüpft werden. Daran wäre möglicherweise auch denen gelegen, die sich um Fördermittel bemühen, da sie dadurch eine engere Beziehung zu den Einrichtungen aufbauen und von deren Sichtbarkeit und Berechenbarkeit profitieren könnten.

10. Verstärkt **Kulturarbeit in den Stadtteilen und im Umland** fördern

- Natürlich muss man die Menschen dort ansprechen, wo sie leben, insbesondere wenn man die aus vielen Gründen wünschenswerte kulturelle Partizipation steigern möchte. Deshalb werden sich alle Kultureinrichtungen überlegen müssen, wie sie Distanzen (und dies nicht nur räumlich) verringern können.
- Allen kulturellen Einrichtungen ist zu empfehlen, sich verstärkt mit geeigneten Partnern vor Ort zusammen zu tun, um feste Beziehungen zu etablieren und so ihre zivilgesellschaftliche Verankerung zu stärken. Soziokulturelle Einrichtungen könnten sogar selbst mobiler werden, etwa durch die Einrichtung von „Satelliten“.
- Schließlich könnten die kulturellen Einrichtungen in ihrer Arbeitsweise mobiler werden, etwa mit einem zentral entwickelten Repertoire und lokalen Folgeveranstaltungen. Dadurch könnten auch neue Räume für kulturelle Aktivitäten erschlossen und Verbindungen zu neuen Partnern geknüpft werden.

11. Für ein attraktives, für den **Tourismus** relevantes kulturelles Angebot sorgen, das auch für die Bürger Triers attraktiv ist

- Ein attraktives kulturelles Angebot kann und sollte nicht nur den Bürgern und Bürgerinnen von Trier und Umgebung, sondern auch Touristen zugute kommen. Es ist sogar denkbar, ein für den Tourismus attraktives kulturelles Angebot zu entwickeln, das auch für die Bürgerinnen und Bürgern der Trierer Region interessant ist, etwa indem das Angebot sich von Jahr zu Jahr ändert.
- Doch Stadtmarketing ist zuerst Wirtschaftsförderungs- und eigentlich keine Kulturpolitik. Deshalb sollten die Kosten eines solchen Stadtmarketings nicht vom Kulturhaushalt, sondern in erster Linie vom Wirtschaftsförderungshaushalt und dann auch zu einem möglichst großen Teil von denjenigen getragen werden, die von diesem Marketing profitieren.
- Es sollte aber auf keinen Fall ein Gegensatz konstruiert werden. Am Ende überschneiden sich die Dinge immer auf vielfältige Weise gerade im Bereich der Kulturpolitik; denn

Kulturpolitik kann auch Wirtschaftspolitik, auch Sozialpolitik oder auch Bildungspolitik sein und umgekehrt. Nicht zuletzt deshalb bedarf es eines Mainstreamings der Kulturpolitik.

12. Sowohl für **E-** als auch **U-Kultur** offen sein und damit eine weit verbreitete, aber nicht sonderlich hilfreiche Dichotomie überwinden
 - Kultur- insbesondere Kunstschaffen darf unterhalten und entspannen, aber auch bewegen und erschüttern, darf heiter aber auch ernst sein. Für die kommunale Förderung muss die Einordnung als E- oder U-Kultur, so populär sie auch sein mag, irrelevant sein, es kommt auf die Inhalte an. Gefördert werden sollten kulturelle Aktivitäten weder weil sie erschüttern, noch weil sie unterhalten, gefördert werden sollten sie, weil sie gut, weil sie relevant sind im Hinblick auf die allgemeinen kulturpolitischen Ziele.
 - Auch hier gilt es, keinen falschen Gegensatz zu konstruieren, mehr noch, es darf auch keine an der E- und U-kulturellen Einordnung orientierte Präferenzen geben.
13. **Sich** mit Aufmerksamkeit, Ermunterung, Engagement und Einsatz von Seiten der Stadt in geeigneter Form um eine Pflege der kulturellen Landschaft **kümmern**
 - Viele Dinge passieren im kulturellen Bereich ohne Zutun der Kommunalpolitik, aber es ist wichtig, dass die Akteure mit ihrem Tun anerkannt und ermuntert werden, das Gefühl haben, dass man sich für sie interessiert, sich um sie kümmert. Deshalb braucht es ein Forum, das Kulturschaffende und politisch Verantwortliche regelmäßig zusammenbringt. Deshalb braucht es eine Anlaufstelle, die mehr tun darf und auch können sollte als das Kulturbüro in seinem jetzigen Zuschnitt.
 - Vielleicht wird eine kommunale Kulturlandschaftspflege sogar erleichtert, wenn das auf Wirtschaftsförderung ausgerichtete kommunale Kümmern von der (Sozio-)Kulturlandschaftspflege getrennt wird, wie dies nach der Einrichtung der Trier Tourismus und Marketing GmbH möglich sein wird.
14. In die **Stadtplanung** allgemein sichtbar und nachvollziehbar auch **kulturpolitische Überlegungen einfließen lassen**
 - Die Stadtplanung nimmt viele Dinge in den Blick, hat vielen Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Doch kulturpolitische Anliegen scheinen eher von untergeordneter Bedeutung zu sein. Deshalb es gerade auf diesem Gebiet ein kulturpolitisches Mainstreaming notwendig.

Kapitel 4: Mögliche Ziele kommunaler Kulturpolitik

Da es hier nicht um eine durch Prinzipien gesteuerte alltägliche Kulturverwaltung, sondern um eine gestaltende Kulturpolitik geht, muss es natürlich um die Verfolgung **politischer** Ziele gehen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit wird im Folgenden ein Katalog von Zielen aufgestellt, die zu verfolgen für politisch sinnvoll erachtet wird.

1. Eine den (berechtigten, allgemein akzeptierten und demokratisch legitimierten) Ansprüchen **aller Bürger** genügende **kulturelle Basisversorgung** sicherstellen
 - Zur Basisversorgung tragen sowohl rein städtische Institutionen (Theater, Museum, Volkshochschule, Bibliothek, Musikschule, u.ä.m.) als auch zivilgesellschaftliche, von der Stadt nur unterstützte Institutionen (Tufa, Exzellenzhaus, Freie Szene, EKA, Moselfestwochen, ...) sowie rein kommerziell ausgerichtete Unternehmen, die die städtische Infrastruktur nutzen können, bei Umfang und Vielfalt dieser Basisversorgung werden aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel auf politischer Ebene zu bestimmen sein.
 - Es gibt keine objektive Kriterien, im Lichte derer die Basisversorgung erst definiert und dann optimiert werden kann. Aber es ist davon auszugehen, dass eine kulturelle Basisver-

sorgung mehr leisten muss als Anschauung nur beispielhaft zu ermöglichen. Dafür bedarf es vielmehr eines umfassenden Konzepts und eines programmatischen Rahmens. Dadurch wird automatisch das Augenmerk auf all jene kulturelle Aktivitäten gerichtet, die nicht oder nicht in dem (politisch) gewünschten Umfang entfaltet werden.

2. Das **kulturelle Erbe** bewahren, zugänglich machen, in seiner heutigen Bedeutung diskutieren, mit zeitgenössischen Mitteln immer wieder neu inszenieren und auch weiter entwickeln sowie durch aktuelles Kunstschaffen ergänzen oder mit aktuellem Kunstschaffen kontrastieren
 - Zum kulturellen Erbe gehören nicht nur historischen Monumente sondern auch Gebäude zeitgenössischer Bautätigkeit, gehören nicht nur die verschiedenen Epochen der Stadtgeschichte in ihrer Vielfalt und Umfänglichkeit, sondern auch die in Trier verwurzelten Kulturinstitutionen. Dieses Erbe zu bewahren hat in Abstimmung mit dem Umland, insbesondere dem Land, aber auch dem Bund und internationalen Institutionen auf der Grundlage der jeweiligen Kompetenzen zu erfolgen.
 - Befördert wird dies durch die Einbindung der Medien und der Wissenschaft, aber auch von Kulturschaffenden, die sich in ihrer Arbeit auf das kulturelle Erbe beziehen. Hinzu kommen noch vielfältige private und gemeinnützige Initiativen, die sich um die Bewahrung des kulturellen Erbes bemühen.
 - Bewahrt und zugänglich gemacht wird das kulturelle Erbe auch, wenn es zum Ausgangspunkt von aktuellem Kultur- insbesondere Kunstschaffen wird, sei es durch Ergänzung oder Kontrastierung.
3. Das **aktuelle Kulturgeschehen** auch durch vermehrten kulturellen **Austausch** und verstärkte Sichtbarmachung möglichst vielen Bürger nahe bringen und dabei die Wertschätzung des Kulturschaffens steigern
 - Damit eine Stadt fern ab von den Kulturzentren nicht (von einer immer größeren Zahl ihrer Bürger) als provinziell und kulturell randständig oder rückständig wahrgenommen wird (und sich damit auch selbst so wahrnimmt), damit sie nicht zunehmend von aktuellen kulturellen Entwicklungen abgeschnitten wird, müssen kulturelle Begegnung (auch und gerade grenzüberschreitend mit den Partnerstädten und in der Großregion) gefördert, müssen kulturelle Verbindungen (etwa mit den Zentren auch in anderen Bundesländern oder den Nachbarländern) effektiver strukturiert und ggf. auch neu geschaffen, muss aktuelles Kulturschaffen schlicht und einfach verstärkt nach Trier gebracht werden.
 - Es geht nicht nur darum zu verhindern, dass sich die Kulturschaffenden vor Ort zu stark nur mit sich selbst, mit ihrem engeren Umfeld auseinanderzusetzen oder der Stadt wegen mangelnder Anregung ganz einfach den Rücken kehren. Vielmehr sollte auch die kulturelle Auseinandersetzung vielfältiger und dynamischer, das kulturelle Leben auch für Kulturrezipienten attraktiver werden.
4. Eine umfassende **Teilhabe aller Bürger** am kulturellen Leben im weitesten Sinne nicht nur ermöglichen, sondern auch fördern
 - Damit alle gesellschaftlichen Gruppen, auch alle Altersgruppen am kulturellen Leben teilhaben können muss eine ganze Reihe von Gruppen direkt angesprochen werden. Geringe kulturelle Teilhabe ist nicht nur das Ergebnis eines Ausschlusses aufgrund fehlender (insbesondere wirtschaftlicher) Voraussetzungen, sondern auch das Ergebnis eines Selbstausschlusses (zuerst eines mehr gefühlten, dann eines eher ertragenen Ausschlusses und erst ganz am Ende eines gewollten Selbstausschlusses).
 - Durch die Schaffung von geeigneten Rahmenbedingungen, die den Bedürfnissen und Möglichkeiten (den physischen und psychischen aber auch den sozialen und finanziellen) der jeweilige Gruppe Rechnung tragen, kann die Teilhabe verbessert werden. Zudem bedarf es nicht nur entsprechender kommunaler Initiativen, sondern auch einer verstärkten

Bereitschaft zur Aufnahme von zivilgesellschaftlichen Anregungen durch die Kommune.

- Durch wohlwollendes, interessiertes und ermunterndes Begleiten von zivilgesellschaftlichen Unternehmungen durch die städtischen Akteure kann die Teilhabe verbessert werden. Gleiches gilt für eine gezielte Stärkung von kulturellen Entfaltungsräumen wie der Tufa, dem Exzellenzhaus, der EKA, dem Bildungs- und Medienzentrum und anderen.

5. Die **kulturelle Schaffenskraft** stärken

- Die kulturelle Schaffenskraft einer Stadt ist mehr als eine wirtschaftliche Ressource unter mehreren, sogar mehr als eine soziale Ressource. Sie ist eine Grundvoraussetzung für ein erfolgreiches wirtschaftliches, für ein reiches gesellschaftliches, kurz für ein erfülltes Leben ganz allgemein.
- Sie gilt es zu fördern: zum einen durch Anstöße um ihr Potential zu wecken und ihre Dynamik zu entfalten, zum anderen durch Hilfen, um über Schwellen hinweg zu kommen, um zunehmend nicht nur finanziell, sondern auch organisatorisch selbsttragend zu werden. Um einer kulturellen Stagnation entgegenzuwirken, sollten Experimente und Innovationen aller Art aktiv und kontinuierlich unterstützt werden. Dabei gilt es den Blick gerade auf jene kulturellen Aktivitäten zu richten, die es am Markt schwer haben und dafür geeignete Plattformen bereit zu stellen (Tufa, Exzellenzhaus, GB Kunst, Junge Kunst, Theater Netz Trier, uäm).
- In diesem Zusammenhang ist auch die kulturbezogene Erwerbstätigkeit (Kreativ-Wirtschaft) systematisch zu fördern, nicht zuletzt aufgrund der durch diese Tätigkeit zu erwartenden externen Effekte, die es nahe legen, diesen Wirtschaftssektor nicht so zu behandeln wie alle anderen Wirtschaftssektoren.
- Gleichzeitig ist eine verstärkte Eigenverantwortlichkeit aller Kulturschaffenden (von den Profis bis hin zu den Amateuren) einzufordern, wenn im Gegenzug ihre ökonomische und organisatorische Basis verbessert wird.
- Dazu ist auch die Vernetzung von Kulturschaffenden durch eine geeignete Plattform zu unterstützen. Die Kulturschaffenden sollten zudem auch regelmäßig zu Veranstaltungen eingeladen werden, um sich austauschen und informieren zu können. Neben organisatorischen sollten aber auch administrative Hilfestellung gegeben und insbesondere der Zugang zu unterschiedlichen Fördermitteln erleichtert werden.

6. Die **kulturelle Erziehung und Bildung** zu einem Schwerpunkt kommunaler Politik machen

- Kulturelle Erziehung und Bildung haben ein großes Integrationspotenzial und sind deshalb von zentraler Bedeutung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Sie stärken die Fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger, ein selbstbestimmtes, erfolgreiches und verantwortungsbewusstes Leben zu führen.
- Am Anfang hat dafür die kulturbezogene Kinder- und Jugendarbeit mit erzieherischer Orientierung zu stehen. Und dies umso mehr, als durch die sich wandelnden vorschulischen und schulischen Strukturen (Kita, Realschule+, Ganztags- und Gesamtschule) außerschulische Angebote vermehrt in den erzieherischen Alltag integriert werden müssen. Deshalb sollten Einrichtungen wie das Exzellenzhaus, die Kulturagentur „Kunsthöhle“ der Tufa, die Jugendkunstschule „pink painter“ der EKA und die Musikschule, aber auch die Aktivitäten der Theater-, Konzert- und Museumspädagogik oder Projekte wie „Jedem Kind seine Kunst“ des Landes aktiv unterstützt werden.
- Darüber darf aber auf keinen Fall die junge Generation aus dem Blick verschwinden, denn die durch Kinder- und Jugendarbeit geschaffenen Grundlagen müssen gepflegt werden.
- Auch die kulturbezogene Allgemeinbildung für Erwachsene (ggf. auch für spezifische

gesellschaftliche Gruppen, auch Altersgruppen) sollte über die Aktivitäten der VHS und einschlägiger Gesellschaften (Gesellschaft für Nützliche Forschung, städtepartnerschaftlich oder landesspezifisch ausgerichtete Gesellschaften, Karl-Marx-Haus der Friedrich Ebert Stiftung, Europa Union, ...) hinaus durch eine verstärkte Präsenz von Universität und Hochschule in der Stadt (durch Ringvorlesungen oder andere Programme von allgemeinem Interesse) gefördert werden.

- Wichtig ist gerade in diesem Bereich die Vernetzung und die Kooperation der einzelnen Institutionen, mehr noch aller Kulturschaffenden, um den Bürgerinnen und Bürgern das kulturelle Erziehungs- und Bildungs- sowie Unterhaltungsangebot voll umfänglich zugänglich zu machen.
7. Die Kulturpolitik als einen umfassenden **soziokulturellen Gestaltungsauftrag** für Stadt (und Umland) verstehen
- Kulturpolitik ist stets Soziokulturpolitik, denn sie beeinflusst, gewollt oder ungewollt, stets die gesellschaftliche Entwicklung. Damit dies eher gewollt als ungewollt, eher bewusst als unbewusst geschieht, sollten möglichst viele soziale, kulturelle, wirtschaftliche und politische Akteure auf kommunaler Ebene vernetzt und in geeigneter Form in kooperative Strukturen eingebunden werden. Dies könnte durch eine Koordinierung der entsprechenden staatlichen, halbstaatlichen, gemeinnützigen, zivilgesellschaftlichen und Verbandsinstitutionen erreicht werden.
 - Kulturellen, insbesondere soziokulturellen Aspekten sollten auch bei der Stadtplanung ein hoher Stellenwert eingeräumt werden. Überhaupt sollten kulturpolitische Ziele in allen kommunalen Politikbereichen, von der Sozial- über die Ordnungs- bis hin zur Umweltpolitik, aber auch der Verkehrs- und der Versorgungspolitik verfolgt werden. Es sollte dafür eine Art von Kultur-Mainstreaming in der gesamten Stadtverwaltung umgesetzt werden, denn kulturpolitisches Handeln sollte nicht an den Rand kommunalen Handelns geschoben, sondern in dessen Mitte gestellt und umfassend integriert werden.
 - Mit der Tufa und dem Exzellenzhaus, aber auch der Volkshochschule verfügt die Stadt über Institutionen, die erfolgreich soziokulturell wirken. Sie gilt es zu fördern, auch um sie vor einer zu starken Kommerzialisierung zu bewahren.
 - Auch sogenannte Hochkultur(subventions)politik kann, sollte Soziokulturpolitik sein. Nur so rechtfertigt sie sich letztlich, indem sie über den Kreis der unmittelbar Angesprochenen hinaus wirkt und sich darum bemüht, den Kreis der Angesprochenen zu erweitern.
8. Die Reichhaltigkeit, Dynamik und Nachhaltigkeit des kulturellen Lebens durch **inhaltliche Orientierung**, die **Setzung von Schwerpunkten** (Impulsgebung), eine **langfristigere Finanzierung** von Projekten (Planungssicherheit) und eine **verbesserte Kommunikation** (Sichtbarmachung) befördern
- Auch wenn eine auf Inhalte ausgerichtete Kulturpolitik von vielen aus der Freien Szene und den etablierten Institutionen als problematisch angesehen wird und eine möglichst große Autonomie nicht zuletzt von den Kulturschaffenden, aber auch von vielen Kulturinteressierten eingefordert wird, sollten die kulturpolitisch Verantwortlichen den Mut haben, inhaltliche Orientierung zu geben und auch Schwerpunkte zu setzen.
 - Reichhaltigkeit kann nur dadurch sichergestellt werden, dass gezielt solche Aktivitäten gefördert werden, die nicht im gewünschten Umfang entfaltet werden. Eine Schwerpunktsetzung über einen Kulturkalender oder ein Jahresthema (ähnlich dem Kultursommer) ist sinnvoll, um Kräfte besser bündeln zu können.
 - Auch wenn es haushaltstechnisch schwierig ist, sollte nach Wegen gesucht werden, um kulturellen Projekten einen gesicherten Vorlauf von mindestens 3 Jahren einräumen zu

können. Eine verlässliche Finanzierung sorgt für Planungssicherheit und diese ermöglicht vielfältigere Kooperationen.

- Schließlich sollte den Kulturschaffenden durch eine frühzeitige Information ermöglicht werden, sich mit Beiträgen im Rahmen langfristig orientierter Großprojekte der städtischen (und in Trier angesiedelten rheinland-pfälzischen) Kulturinstitutionen einzubringen. Davon könnte gerade die Freie Szene profitieren.

9. Eine angemessenen (leistungsfähigen) **Infrastruktur** sicherstellen

- Ein reichhaltiges kulturelles Leben kann sich nur entfalten, wenn ein entsprechendes Umfeld, wenn im weitesten Sinne die dafür notwendige Infrastruktur vorhanden ist. Doch diese ist üblicherweise nicht privatwirtschaftlich bereitzustellen. Denn auch privatwirtschaftliche Kulturunternehmer sind auf staatliche Infrastruktur(vor)leistungen angewiesen.

Schlussbemerkung

Auch wenn die Liste der hier vorstellten kulturpolitisch relevanten Gegebenheiten, der möglichen kulturpolitischen Handlungsprinzipien und Ziele schon recht umfangreich ist, so kann sie durchaus noch ergänzt, modifiziert und detailliert werden. Denn sie soll zu allererst allen Beteiligten als Ausgangspunkt für weiterführende Diskussionen dienen. Und wenn sie darüber hinaus von den Beteiligten auch noch als Anknüpfungspunkt für die Entwicklung ihrer spezifischen Anliegen genommen wird, dann erfüllt sie ihre Funktion, bei der Strukturierung der weiteren Debatte zu helfen.

Natürlich müssen die Ziele am Ende auch in eine Rangfolge gebracht werden. Doch das können nicht die Kulturrengagierten, das müssen die politisch Verantwortlichen leisten. Das ist eine wichtige, wenn nicht die zentrale Aufgabe der Politik. Wünschenswert wäre es jedoch, wenn diese Entscheidung aufgrund einer öffentlichen Debatte gefällt wird, an der sich alle Kulturrengagierten haben beteiligen können.

Die beteiligten Einrichtungen haben sich hiermit in die Leitliniendiskussion eingebracht und dies ohne dabei nur ihre eigenen Interessen in den Blick zu nehmen. Sie hoffen damit den eingeleiteten Diskussionsprozess befruchten zu können und es so zu einem von allen getragenen Diskussionsergebnis kommt.

Jede der beteiligten Einrichtungen wird zudem in einem weiteren Beitrag versuchen aufzuzeigen, in welchem Maße ihre aktuellen Aktivitäten zur Umsetzung der hier aufgeführten Ziele bereits jetzt beitragen und neue Aktivitäten zusätzlich beitragen könnten, wenn die Bedingungen für deren Entfaltung geschaffen werden können. Dabei werden sie auch darlegen, in wieweit sie ihre Aktivitäten bereits jetzt schon im Einklang mit den aufgeführten kulturpolitischen Prinzipien entfalten und was ggf. noch getan werden müsste, um diesen Einklang herzustellen. Sie hoffen, dass andere ihrem Beispiel folgen werden, um so die aktuelle Debatte auf eine möglichst sachliche Grundlage zu stellen.